

Kirche vor den sozialen Konflikten im Ruhrgebiet

„Wandel braucht Zeit, Solidarität und Hoffnung“ - Kirchliches Handeln im Strukturwandel des Ruhrgebiets

1. Zum ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel im Ruhrgebiet

„Wandel braucht Zeit / Wandel braucht Solidarität / Wandel braucht Hoffnung“: Unter diesem Motto veranstalteten die Ruhrgebiets-Superintendenten gemeinsam mit den sozialkirchlichen Einrichtungen in der Region - dem Amt für Sozialethik der evangelischen Kirche im Rheinland, dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD in Bochum und dem Sozialamt in Villigst - im April 1993 eine kirchliche Montankonferenz zum Strukturwandel und zur Zukunft im Ruhrgebiet. Das Motto dieser Konferenz kann darüber hinaus als ein entscheidendes Stichwort zur Beschreibung des sozialkirchlichen Handelns im Ruhrgebiet interpretiert werden, da in dieser Region ökonomischer Wandel in besonderer Weise die Lebensumstände der Menschen nachhaltig beeinflusst hat.

Ökonomischer Wandel ist mit der marktwirtschaftlichen Ordnung untrennbar verknüpft. Die Marktwirtschaft ist als ein dynamischer Prozeß angelegt, wobei das Wettbewerbsprinzip auf den Märkten und die Struktur des Kapitalverwertungsprozesses entscheidende Gründe für diese Dynamik sind. Wirtschaftliches Handeln unter Marktbedingungen zielt wesentlich darauf, die Wirtschaftsstruktur „unaufhörlich von innen heraus zu revolutionieren“, wobei „die Produktionsstruktur zu reformieren oder zu revolutionieren (ist) entweder durch die Ausnutzung einer Erfindung oder, allgemeiner, einer noch unerprobten technischen Möglichkeit zur Produktion einer neuen Ware bzw. zur Produktion einer alten auf eine neue

Weise, oder durch die Erschließung einer neuen Rohstoffquelle oder eines neuen Absatzgebietes oder durch die Reorganisation einer Industrie“. Diese Technik-, Verfahrens-, Produkt- und Marktinnovationen bringen einen „Prozeß einer industriellen Mutation“ in Gang, also einen steten ökonomischen Wandel. Zwar treten dabei innovative Schübe „in unsteten Stößen auf, die voneinander durch Spannen verhältnismäßiger Ruhe getrennt sind. Der Prozeß als ganzer verläuft jedoch ununterbrochen“. Das so beschriebene Wirtschaften unter Marktbedingungen ist seinem Wesen nach als ein Entwicklungsprozeß zu beschreiben, der ein bisher nicht gekanntes Maß an dynamischen und schöpferischen Potentialen freigesetzt hat. Eine historisch einmalige Produktivitätsentwicklung in den Industrienationen hat zu einer Hebung des allgemeinen Wohlstands durch eine Verbilligung von Gütern und Dienstleistungen und zu einer beträchtlichen Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Auf der anderen Seite hat diese Dynamik stets zu einer Zerstörung bisheriger, nunmehr veralteter Produktions-, aber auch Lebensstrukturen geführt, so daß die jeweiligen humanen, sozialen und auch ökologischen Lasten dieses Wandels nicht verdrängt werden dürfen, sondern stets im Blick zu bleiben haben. Der Ökonom Schumpeter hat diesen ambivalenten Sachverhalt prägnant als einen „Prozeß schöpferischer Zerstörung“ beschrieben.

Dieser „Prozeß schöpferischer Zerstörung“ kann exemplarisch an Hand der Entwicklung des Ruhrgebiets nachvollzogen werden: Mit dem Beginn der Industrialisierung vor rund 150 Jahren hat die kapitalistische Entwicklung auch im Ruhrgebiet „zunächst einmal die institutionellen Ordnungen der feudalen Welt - den Gutshof, das Dorf, die Handwerkerzunft - zerstört oder weitgehend zerstört“. Dieser Prozeß hat sich hier jedoch in höchst verdichteter Form insbesondere zwischen 1870 und 1910 mit ca. einer Verfünffachung der Bevölkerung und einer Steigerung der Stahlproduktion um das sechzehnfache abgespielt. In dieser Zeit, der eigentlichen Zeit der Industrialisierung im Zeichen der Schlüsselindustrien



des Bergbaus und der Stahlerzeugung, hat sich das Ruhrgebiet unter allen Wirtschaftsregionen Europas am dynamischsten entwickelt. In der Folge dieses Wandlungsprozesses kam es zu erheblichen sozialen Konfliktlagen - nicht zuletzt auf Grund einer weit unter dem Produktionsfortschritt liegenden Lohnentwicklung sowie einer recht hohen Unfallgefahr in den Betrieben - und sogar zu Verelendungsprozessen bei dem Verlust oder dem Ausfall des in der Regel männlichen Ernährers - von den tiefgreifenden ökologischen Belastungen ganz zu schweigen. Die Kirchen, lange Zeit noch fest verankert in den feudalen Strukturen der vorindustriellen Zeit, haben zunächst große Schwierigkeiten, sich auf diese neuen Situationen einzustellen, wie für den Protestantismus vor allem Günter Brakelmann eingehend beschrieben hat. Generell läßt sich bis in die Weimarer Zeit hinein die Dominanz eines traditionellen, weitgehend noch an den Lebensordnungen feudaler Strukturen orientierten Gemeindetyps feststellen. Dieser ist von einem sozialkonservativen und vereinzelt auch einem sozialliberalen Gemeindetyp zu unterscheiden, die sich beide konstruktiv auf die Herausforderungen industrialisierter und urbanisierter Lebensverhältnisse eingestellt haben. Ihnen ging es - in durchaus unterschiedlicher Weise - um eine Integration der neu entstandenden Arbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft und in die kirchlichen Lebensordnungen. Auch hochentwickelte kapitalistische Produktionsstrukturen, wie sie um 1910 im Ruhrgebiet voll ausgebildet sind, werden - anders als es Schumpeter selbst mit seiner Zukunftsprognose der Herausbildung von Wirtschaftsmonopolen und einer schematischen Gegenüberstellung des schöpferischen Unternehmers und einer bürokratischen, die Innovationen hemmenden Industrieverwaltung erwartet hatte - durch immer wieder von einzelnen Pionierunternehmen ausgehenden Innovationen verändert. So sind nach der Phase der Hochindustrialisierung kontinuierlich neue Innovationsschübe zu beobachten, wobei sich technologische, organisatorische und ökonomische Innovationen gegenseitig bedingen und zum Teil verstärken.

2. Rationalisierungsdruck und Weltwirtschaftskrise - Erste Anzeichen einer Strukturkrise in den zwanziger Jahren

Ein erster tiefgreifender Einschnitt für das Ruhrgebiet waren die Veränderungen der Wettbewerbsbe-

dingungen für Kohle und Stahl auf dem europäischen Markt und ein grundlegender Rationalisierungsschub in den zwanziger Jahren. Nach einer langen Phase stetigen wirtschaftlichen Wachstums vor 1914 war zu Beginn der 30er Jahre die Wirtschaftssituation im Ruhrgebiet schließlich derart katastrophal, daß sich Hans Ehrenberg im Vorwort seines Buches „Deutschland im Schmelzofen“ als eine Stimme aus dem sterbenden Ruhrgebiet vorstellt. Bereits vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 herrschte im Ruhrbergbau trotz noch aufsteigender Konjunktur eine recht hohe Arbeitslosigkeit. Auf die Nachteile gegenüber den anderen europäischen Kohleproduzenten im Blick auf die geologischen Bedingungen aber auch höhere Lohnkosten hat der Ruhrbergbau mit umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen reagiert. Mit dem Begriff positive Rationalisierung drückte man in jener Zeit die Verbesserungen der technischen und organisatorischen Verfahrensstrukturen aus, negative Rationalisierung meinte schlichtweg Entlassungen. Trotz dieser Maßnahmen blieb die Lage sehr angespannt und verschlechterte sich mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise in dramatischer Weise. Auch die andere Schlüsselindustrie des Ruhrgebiets, die Stahlindustrie, hatte mit enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nach 1918 setzte zunächst ein rasanter Wachstumskurs der Eisen- und Stahlindustrie ein, der bruchlos an die Erfahrungen des Vorkriegsbooms anknüpfen zu können. Die auf diese Weise geschaffenen Überkapazitäten konnten ebenfalls angesichts einer veränderten europäischen Marktstruktur nicht mehr durch Exporte hinreichend ausgeglichen werden. Auch die Stahlindustrie reagierte seit Mitte der 20er Jahre mit einem Rationalisierungsschub. Zentrale Elemente waren die Vollmechanisierung der bis dahin teilmechanisiert betriebenen Anlagen, die Elektrifizierung der Anlagenantriebe, Steuersysteme und Transporteinrichtungen und die Einführung tayloristischer Grundsätze bei der Gestaltung der Arbeitsplätze. Auf diese Weise wurden hoch durchrationalisierte, weltweit im Blick auf technische Standards führende Werke geschaffen, die allerdings in den Jahren unmittelbar nach den Rationalisierungsschüben in der Eisen- und Metallgewinnung zu einer Verdoppelung der Unfallzahlen führte. Ökonomisch wurden damit die Kapazitäten nochmals erhöht, was angesichts der Absatzprobleme die Erlös- und damit den Problemdruck noch einmal verstärkte. Die Erlös- und damit den Problemdruck wurde von den Unterneh-



Wandel braucht Zeit

men einseitig und wie im Blick auf einzelne Werke gezeigt werden kann unzutreffend durch den Verweis auf zu hohe Löhne und Sozialabgaben interpretiert. Angesichts dieses Problemdrucks stürzte die Depression auch die Stahlindustrie in eine tiefe Krise, so daß hochmodernste Werke vorübergehend stillgelegt werden mußten.

Der Ruhrbergbau wie auch die Ruhrstahlindustrie mit ihrer stark kartellierten Struktur reagierten sozial- und wirtschaftspolitisch in dieser Krise höchst aggressiv, wie insbesondere der Ruhreisenstreit - die Aussperrung von 220 000 Stahlarbeitern im Winter 1928/29 - massiv zum Ausdruck gebracht hat. So wurde das Weimarer System industrieller Beziehungen delegitimiert und die Unternehmerseite trug durch ihre Befreiungsschlagmentalität zum politischen Systemwechsel bei. Erst die Rüstungskonjunktur der 30er Jahre hat die Ruhrindustrie wieder stabilisiert - mit den verheerendsten Folgen für ganz Europa.

Die Kirchen haben in einer recht vielfältigen Weise auf diese Wirtschaftskrise reagiert. Im Mittelpunkt standen dabei - wie bereits angesichts der sozialen Frage im 19. Jahrhundert - diakonische Hilfsmaßnahmen: So ging es zunächst darum, die Not der Arbeitslosen materiell und seelisch zu bekämpfen. Versorgung mit Lebensmitteln bis hin zur Einrichtung von Wärmestuben und Speiseküchen zählten ebenso zu diesen Bemühungen wie die Einrichtung von Freizeiten vor allem für jugendliche Arbeitslose, um diese psychisch und sozial aufzufangen. Immer wieder wird, so auch in einem offiziellen Wort des deutschen evangelischen Kirchentages von 1930, die liebevolle und unberechtigte Kritik an den Opfern der Arbeitslosigkeit kritisiert. Dementsprechend weisen kirchliche Worte die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen immer wieder auf ihre Verantwortung zur Behebung der Wirtschaftskrise und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze hin, ohne allerdings eigene Vorschläge und Richtungsangaben zu entwickeln.

Auch haben sich Kirchengemeinden und die Diakonie in gewissen Grenzen arbeitsmarktpolitisch engagiert und um die Schaffung bzw. Bereitstellung von Arbeitsplätzen bemüht. So richteten die Ortsverbände der Inneren Mission gerade im Ruhrgebiet Vermittlungsstellen von Arbeitsplätzen ein, Kirchengemeinden sind immer wieder dazu aufgerufen worden, größere Bauvorhaben und ähnliches nach Möglichkeit gerade in dieser wirtschaftlichen Krisensituation qua-

si als antizyklisches Element durchzuführen. Ein größeres Aufgabenfeld kirchlicher und diakonischer Verbände ist diesbezüglich ferner die Mitwirkung im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes - in mancher Hinsicht mit den heutigen AB-Maßnahmen zu vergleichen. Diese Tätigkeiten, zumeist öffentlichen Aufgaben, wurden 1930 zu rund 14 % von kirchlichen und diakonischen Verbänden getragen, wobei entsprechende Maßnahmen christlicher Jugendverbände noch hinzuzurechnen sind.

Allerdings war den Beteiligten bewußt, daß sie sowohl mit ihren seelsorgerlichen, ihren diakonischen wie auch mit den arbeitsmarktpolitisch ausgerichteten Aktivitäten lediglich punktuelle Abmilderungen der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung sein konnten. Über diese Verantwortungsebenen hinaus gab es bereits in der Endphase der Weimarer Republik Ansätze einer wirtschaftsethischen Reflexion in der evangelischen Kirche. Zu nennen ist hier für das Ruhrgebiet in erster Linie der rheinische Sozialpfarrer Wilhelm Menn, der als einer der ersten Theologen die sozialetische Dimension der Rationalisierung erörtert hat. Er sah in diesen Rationalisierungsmaßnahmen eine Unterordnung der Arbeiterschaft unter technische Abläufe, welche die Ausbildung eines Berufsethos oder einer Arbeitsfreude „im Sinn einer inneren Verbundenheit mit der jedem obliegenden spezifischen Arbeitsaufgabe“ verhindert. Neben diesen problematischen Auswirkungen auf die Arbeitenden selbst steht bei Menn natürlich das durch die Rationalisierungsmaßnahmen mitverursachte Problem der Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt der Überlegungen. Zur Behebung dieser Krise plädierte er - allerdings ohne nachhaltigen Erfolg - für eine Neuordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen in dem Sinn, daß internationale arbeitsrechtliche Übereinkommen - tatkräftig angeregt und unterstützt durch die Anfänge der Ökumene - anzustreben sind, um vergleichbare Wettbewerbsbedingungen in den industrialisierten Ländern herzustellen. Die Weimarer Republik ist schließlich auch an der nicht gelösten Aufgabe des äußerst krisenhaft verlaufenden ökonomischen Wandels gescheitert. Die katastrophalen politischen Konsequenzen dieses Scheiterns gehen über die hier zu verhandelnde Themenstellung weit hinaus, sind jedoch als Problemanzeige zu benennen.



3. Sozialkirchliches Engagement im Zeichen des Wirtschaftswunders

Nach der Währungsreform erwies sich das Ruhrgebiet mit den Schlüsselindustrien des Kohlebergbaus und der Stahlindustrie erneut als wesentlicher Schrittmacher der deutschen Wirtschaftsentwicklung. Die kartellierte Ruhrwirtschaft war durch die britischen Besatzungsbehörden jedoch weitgehend entflochten und durch ein paritätisches Mitbestimmungsmodell in einer sozial-irenischen Weise neu geordnet worden. Eine auch nach dem Krieg noch relativ intakte Wirtschaftsstruktur sowie die wirtschaftspolitische Neuorientierung im Zeichen der sozialen Marktwirtschaft mit einer gewissen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Integration der Arbeitnehmer sorgten erneut für einen ungewöhnlich dynamischen Wirtschaftsaufschwung.

Der Einführung der Montanmitbestimmung ging jedoch eine sehr kontroverse gesellschaftspolitische Diskussion voraus, an der auch die Kirchen beteiligt waren. Eine besondere Bedeutung erlangte in diesem Zusammenhang der Deutsche Katholikentag, der 1949 in Bochum unter dem Motto „Gerechtigkeit schafft Frieden“ stattfand. Der Katholikentag stellte sich auf die besonderen Bedingungen der Gastgeberregion sowohl in thematischer als auch in formaler Hinsicht ein. So wurde in der größten Werkshalle des Bochumer Vereins ein Hochaltar für die Hauptmessen aufgebaut, um die Verbindung von Kirche und Arbeitswelt zum Ausdruck zu bringen.

Engagiert debattierte man während des Katholikentages auch das Thema der Mitbestimmung. Die schließlich verabschiedete Erklärung bezeichnete „das Mitbestimmungsrecht aller Mitarbeitenden bei sozialen, personalen und wirtschaftlichen Fragen (als) ein natürliches Recht in gottgewollter Ordnung.“ Damit gab man insbesondere der katholischen Arbeitnehmerbewegung einen starken Auftrieb, die sich für die Sicherung der Montanmitbestimmung stark machte. Vor diesem Hintergrund ist es beinahe zwangsläufig gewesen, daß sich auch der Evangelische Kirchentag des Jahres 1950 in Essen in der Arbeitsgruppe 1 „Rettet den Menschen“ unter dem Motto „Der Mensch im Kollektiv“ mit dem Thema der Mitbestimmung beschäftigte. Als Ergebnis dieser und auch vorangehender Diskussionen gab der Rat der EKid noch während des Essener Kirchentages eine Erklärung „Zur Frage der Mitbestimmung“ ab. Der Rat unterstrich hier den Willen der Kirche,

„dem Aufbau einer neuen sozialen Ordnung zu dienen“ und beschrieb den Sinn des Mitbestimmungsgesetzes dahingehend, das „bloße Lohnarbeitsverhältnis zu überwinden und den Arbeiter als Mensch und Mitarbeiter ernst zu nehmen.“

Die im Jahre 1951 schließlich gesetzlich gesicherte Montanmitbestimmung zählt zum sozialen Grundkonsens der frühen Bundesrepublik und ist eine wichtige Ausgangsbedingung des sogenannten Wirtschaftswunders. Sie hat sich in den folgenden Jahrzehnten angesichts der einsetzenden tiefgreifenden Umstrukturierungen der Ruhrgebietswirtschaft, die dank der institutionalisierten Mitwirkung von Arbeitnehmern und Gewerkschaften relativ sozialverträglich gestaltet werden konnten, .

Beide Konfessionen haben im Ruhrgebiet versucht, im Sinn der Erklärungen des Bochumer Katholikentages beziehungsweise des Essener Evangelischen Kirchentages die Menschen auch in der Arbeitswelt zu begleiten und sie dabei zu unterstützen, die „Würde der Arbeit“ zu verteidigen. In besonderer Weise geschah dies durch den Aufbau eines Sonderdienstes, der „Gemeinsamen Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau“ (GSA).

Die Gemeinsame Sozialarbeit ist im Jahre 1950 auf Anregung und in Zusammenarbeit mit der deutschen Kohlebergbauleitung entwickelt worden. Der Kohlebergbauleitung unter ihrem Generaldirektor Heinrich Kost ging es um eine neue „Sozialordnung im Bergbau“, an deren Entwicklung Hauptvertreter beider Kirchen beteiligt werden sollten. Der von Kost vorgeschlagene Entwurf versuchte die Grundidee einer partnerschaftlichen Kooperation durch Information, Mitsprache und Mitwirkung der Belegschaften zu verwirklichen. Damit blieb diese Idee bei weitem hinter der Montanmitbestimmung zurück und verlor nach der gesetzlichen Sicherung dieser Mitbestimmungsform ihre Bedeutung. Das Grundanliegen Kosts jedoch, die betrieblichen Interessensgegensätze durch Gespräch und gemeinsame Beratungen zu überwinden, konnte in Zusammenarbeit mit kirchlichen Bildungseinrichtungen dennoch aufgenommen werden.

Aus der Überzeugung heraus, daß die menschlichen Probleme im Arbeitsleben von den Sozialparteien alleine nicht gelöst werden können, bat Kost die beiden Kirchen, eine entsprechende soziale Bildungsarbeit aufzubauen. Diese begann noch im Herbst des Jahres 1950 mit je einer Tagung in der katholischen



Wandel braucht Zeit

Bildungsstätte Kommende in Dortmund und in Haus Villigst, wo auch das Sozialamt der Evangelischen Kirche von Westfalen aufgebaut wurde. (Vgl. Kap. 13) Für die katholische Seite zeichnete Franz Hengsbach verantwortlich, für die evangelische Seite der Leiter des Sozialamtes in Villigst, Klaus von Bismarck.

Die Grundsätze und der organisatorische Rahmen der gemeinsamen Sozialarbeit wurde bereits im Jahr 1950 von einem Koordinierungsausschuß und Vertretern der Bergwerksgesellschaften und beider Kirchen festgelegt. Recht schnell gelang es dann, die GSA organisatorisch zu festigen: es wurde eine Geschäftsstelle gegründet, ferner ein Arbeitsausschuß, der die einzelnen Tagungsformen, Konzeptionen und das Ansprechen der Zielgruppen organisierte. Daneben baute man einen Arbeitskreis von Bergbaureferenten sowie einen festen Stamm von Verbindungsleuten in den Betrieben auf. Von besonderer Bedeutung war schließlich der Kommende - Kreis der Bergwerksdirektoren, der sich zweimal im Jahr mit den Mitgliedern der anderen Ausschüsse traf und die Richtlinien sowie den finanziellen Rahmen der Arbeit festlegte. Daneben wurden zu diesen Zusammenkünften namhafte Theologen wie zum Beispiel O. von Nell-Breuning und Helmut Gollwitzer eingeladen, um der Arbeit eine sozialetische Fundierung zu geben.

Die GSA entwickelte sich mehr und mehr zu einer betriebsorientierten Bildungsarbeit, in der es darum ging, durch offene Aussprachen, Sachinformationen und andere bessere Formen des Zusammenarbeitens und damit ein besseres Betriebsklima zu schaffen. Man versuchte auf diese Art und Weise, autoritäres Führungsverhalten der leitenden Angestellten aufzubrechen und die Mitarbeiter zu mehr Mitverantwortung zu motivieren. Dementsprechend wurden sogenannte Grundtagungen eingerichtet, bei denen die Fragen der Zusammenarbeit im Betrieb im Mittelpunkt standen. Daneben gab es Sachtagungen, die die Auswirkungen von Rationalisierungen, Betriebs- und Arbeitsorganisation sowie den innerbetrieblichen Informationsfluß thematisierten. Ziel der jeweiligen Seminare war es, die gewonnenen Einsichten im konkreten Betriebsalltag umzusetzen.

Mit diesem Profil ist es den Kirchen gelungen, eine eigenständige Form der Bildungsarbeit mit Bergbaubetrieben einzurichten. Nach den Anfängen im Bergbau wurde dieses Konzept auf die Textilindustrie,

Unternehmen des metallverarbeitenden Gewerbes - seit 1971 auch bei Opel in Bochum - und der Post übertragen. Nach anfänglichem Zögern wirkten auch die Gewerkschaftsvertreter in diesem Rahmen mit. Im Jahr 1956 wurde ein Arbeitsdirektor gewonnen, später beteiligten sich auch Mitglieder der IG-Bergbau. Die GSA versuchte, sich auf neue Problemlagen schnell einzustellen, so daß zum Beispiel bereits im Jahre 1960 eine Tagung für fremdsprachige Mitarbeiter durchgeführt wurde. Die bis heute institutionalisierte Gemeinsame Sozialarbeit der Konfessionen hat sich nach Auskunft von Teilnehmern, aber auch nach Einschätzung von Unternehmerseite und Gewerkschaften, zu einem wichtigen Faktor entwickelt, der zu einer Humanisierung der Arbeit beiträgt.

4. Der langsame Abschied von der Montanindustrie seit den sechziger Jahren

Als zu Beginn des Jahres 1958 bereits 10 % der Kohlen-Jahresförderung aus dem Ruhrgebiet auf Halde lagen, sorgte die sich damit abzeichnende erneute Krise der Ruhrgebietswirtschaft in der Öffentlichkeit für einen Schock. Seit Mitte der 50er Jahre wurde vergleichsweise preiswertes Erdöl als Konkurrenzenergieträger auf dem sich bildenden Welt-Energiemarkt angeboten, so daß es im Laufe der Jahre 1959/60 zu den ersten größeren Zechenschließungen im Ruhrgebiet kommt. Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie organisierte den Widerstand von Belegschaften und Bevölkerung und rief im September 1959 zu einem großen Protestmarsch nach Bonn unter dem Motto Sicherheit statt Chaos auf. Die vielfältigen Proteste der betroffenen Bergleute, der politisch Verantwortlichen im Ruhrgebiet und auch kirchlicher Stellen konnten den Prozeß der Verdrängung der Kohle und damit der Zechenschließungen nicht stoppen. So sind bis zum Jahre 1962 in Bochum 6 Zechen stillgelegt worden, 1973 wurde schließlich die letzte Bochumer Zeche geschlossen. Zechenschließung und erste größere Neuansiedlungen, die allerdings zunächst in der Regel gegen den erheblichen Widerstand der Bergbauindustrie durchgesetzt werden mußten, markieren in den frühen 60er Jahren den Beginn eines tiefgreifenden, bis heute nicht abgeschlossenen Strukturwandels im Ruhrgebiet.

Der Strukturwandel wurde in den 60er Jahren zu-



meist gegen den Widerstand nicht nur des Bergbaus, sondern auch der Mehrheit der Ruhrgebietsbevölkerung und nicht zuletzt entsprechender kirchlicher Eingaben durchgesetzt. Die Argumentation der kirchlichen Stellungnahmen konzentrierte sich im wesentlichen auf zwei Gesichtspunkte: Sowohl in einem Wort des Sozialausschusses der evangelischen Kirche von Westfalen aus dem Jahr 1959, einer Stellungnahme des Kreissynodalvorstandes in Bochum aus dem Jahr 1960 wie auch einer Kanzelabkündigung des Superintendenten des Kirchenkreises Gelsenkirchen aus dem Jahr 1966 wurden immer wieder die drohende wirtschaftliche Not von Bergarbeiterfamilien und insbesondere die Gefahr der Arbeitslosigkeit herausgestellt. Angesichts der konjunkturellen Entwicklung in dieser Zeit und der realen Lage auf dem Arbeitsmarkt erwiesen sich diese Argumente jedoch als kurzschlüssig. Sicherlich hat es bei dem Wechsel aus dem Bergbau in andere Industriesektoren für einzelne gewisse Einkommensminderungen gegeben, eine begründete Gefahr der Arbeitslosigkeit bestand jedoch in dieser Zeit nicht. Grundlegender als diese wirtschaftlichen Argumente waren eine emotionale Bindung an den Bergbau, der Stolz auf dessen Leistungsfähigkeit und die eigenen Qualifikationen sowie die Angst vor einem tiefgreifenden Wandel. So äußerte der damalige westfälische Präses Wilm im Rahmen der Landessynode im Herbst 1959 in einem Wort zur Lage im Bergbau seine Befürchtung, „daß gerade viele derjenigen Menschen, die nach dem Krieg und jahrelanger Heimatlosigkeit aufgrund des Bergbaus im Ruhrgebiet eine neue Heimat gesucht und sich erarbeitet haben, am schwersten von dieser Krise betroffen sind.“ Der Bochumer Kreissynodalvorstand hat in ähnlicher Weise, allerdings mit einer anderen Akzentsetzung die Solidarität mit den „zu einem großen Teil bodenständigen Bergleuten“ angemahnt. Solche Formulierungen zeigen sicherlich die Nähe der kirchlichen Verantwortungsträger zu den betroffenen Menschen, deren eigenes Selbstverständnis sich in diesen Stellungnahmen widerspiegelt. In diesem Sinn taucht bereits in den frühen 60er Jahren das Leitmotiv heutiger sozialkirchlicher Arbeit „Wandel braucht Zeit“ auf, wenn Entscheidungen angemahnt werden, die sich jedem „nur irgendwie gearteten und begründeten Zeitdruck“ widersetzen und stattdessen „Betriebs Einschränkungen, falls unvermeidbar, in einem gezielten Zeitablauf unter Vermeidung unbilliger Här-

ten vornehmen.“

Dieses Grundmuster - massive, oft emotionale Proteste gegen geplante Betriebsstillegungen, der Versuch Zeit zu gewinnen und dann einen regulierten, möglichst sozialverträglichen Abbau der Belegschaft zu gewährleisten - bestimmt im Grundsatz bis heute die sozialen Auseinandersetzungen im Umfeld tiefgreifender Umstrukturierungsmaßnahmen der Ruhrgebietswirtschaft. Dies läßt sich nicht zuletzt an Hand der in den frühen 70er Jahre beginnenden Krise der anderen Schlüsselindustrie der Ruhrwirtschaft, die Stahlindustrie zeigen. Eine zunehmende Konkurrenz auf dem Weltmarkt, nicht zuletzt jedoch hohe Subventionen für die Stahlindustrie im Rahmen der EU, wovon die Ruhrgebietskonzerne nur einen unbedeutenden Anteil erhielten, haben in dieser Region zu einem enormen Abbau der Kapazitäten geführt, der nur begrenzt an der realen Leistungsfähigkeit der Stahlunternehmen orientiert gewesen ist.¹ Wenn nach Schätzungen Ende dieses Jahrzehnts nur noch rund 40.000 Menschen in den Stahlbetrieben im Ruhrgebiet tätig sein werden, sind in den letzten knapp 50 Jahren rund 90 % der Stahlarbeitsplätze im Ruhrgebiet verloren gegangen. Anders als die beginnenden Zechenschließungen fiel die Stahlkrise in eine Zeit konjunktureller Schwierigkeiten, so daß die Massenarbeitslosigkeit - mit den Konsequenzen einer immer größeren Anzahl von Langzeitarbeitslosen, dem dramatischen Anstieg von Sozialhilfeempfängern und massiven Formen von Armut - trotz der Instrumentarien zur Bewältigung des Arbeitsplatzabbaus wie den Sozialplänen gerade im Ruhrgebiet seit rund 20 Jahren konstante Werte weit über dem Landesdurchschnitt NRW und dem Bundesdurchschnitt aufweist.

Die kirchlichen Reaktionsmuster auf diese Krise lassen sich in Anknüpfung an die bisherigen Darstellungen kurz skizzieren. Ähnlich wie im Fall der Zechenschließungen haben sich die Ortsgemeinden und ihre Pfarrer - zumeist auch die Kreissynoden - unmittelbar mit den von Betriebschließungen bedrohten Belegschaften solidarisiert. So gelang es den Belegschaften - unterstützt von der jeweiligen Gewerkschaft und zunehmend den kirchlichen Vertretern - immer wieder in einzelnen Kraftakten eine breite Öffentlichkeit zu mobilisieren, so daß insbesondere die Politik unter einen gewissen Handlungsdruck gesetzt worden sind. Die bekanntesten Beispiele aus den späten 80er Jahren sind diesbezüglich die Aus-



einandersetzungen um die Schließung der Henrichshütte in Hattingen und des Krupp Stahlwerks in Rheinhausen, wobei im Rahmen von Bürgerkomitees jeweils auch die evangelischen Gemeindepfarrer eine herausragende Rolle gespielt haben. (vgl. Kap. 9.3)

Im Blick auf die infolge dieser Prozesse von Arbeitslosigkeit Betroffenen stehen - wie schon in den 20er Jahren - die seelsorgerlichen und die diakonischen Hilfen im Vordergrund: Hier ist an die vielfältige Einzelfallhilfe in Kirchengemeinden, die verstärkten Bemühungen der Diakonie im Bereich der neuen Armut und der Unterstützung und Begleitung von Arbeitsloseninitiativen sowie an neuartige Hilfsformen wie etwa Schuldnerberatung zu denken.

Auch in dem Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, der auf einem qualitativ neuen Niveau die Ansätze des freiwilligen Arbeitsdienstes der Weimarer Zeit fortführen, engagieren sich Kirchenkreise und die Diakonie in einem nicht unbeträchtlichen Maße. So führen gegenwärtig verschiedene Träger der Evangelischen Kirche von Westfalen 51 AB-Maßnahmen mit insgesamt knapp 1900 Personen durch, von denen 85% eine bis zu zwei Jahren befristete und die übrigen eine unbefristete Stellenperspektive innehaben. Auch wenn diese Maßnahmen generell nach Art, Umfang und Finanzierung als vielfach nicht ausreichend bewertet werden, haben sich die Ruhrgebietssuperintendenten wiederholt entschieden gegen Kürzungen und Einschränkungen in diesem Bereich ausgesprochen. (vgl. Kap. 9.4)

Neben dieser Durchführung von Fördermaßnahmen wird für die Zukunft von den Ruhrgebietssuperintendenten die Forderung nach Beschäftigungsgesellschaften nachdrücklich aufgegriffen. Da die weitere Entwicklung - so ihre Einschätzung - eine überbrückende Arbeitsmarktpolitik erforderlich macht, kommt es darauf an, gezielt einen öffentlich finanzierten Arbeitsmarkt als vielfach einzige Perspektive für benachteiligte Gruppen zu schaffen, um ihren Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsprozeß verwirklichen zu können. Dabei sollten Kirchenkreise, Diakonieverbände und andere kirchlichen Einrichtung im Verbund mit den Kommunen und den Sozialparteien sich an der Gründung und finanziellen Unterstützung solcher Gesellschaften beteiligen.

5. Kirchliche Impulse für den Strukturwandel in der Region

Über diese zumeist im Ansatz bereits aus der Weimarer Zeit bekannten seelsorgerlichen, diakonischen und arbeitsmarktpolitischen Engagements hinaus ist in den letzten rund 10 Jahren ein qualitativ neues Element kirchlichen Handelns hinzugekommen: es wird für das Ruhrgebiet ein bewußtes strukturpolitisches Handeln eingefordert. Gegen einen einseitig an betriebswirtschaftlichen und Marktgesichtspunkten orientierten Wirtschaftswandel plädieren die Ruhrgebietssuperintendenten für eine dem Gemeinwohl verpflichtete Lösung, an der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und politisch Verantwortliche auf allen Ebenen zusammenwirken sollen. In diesem Sinn hat bereits im Jahr 1987 die westfälische Landessynode es als sozialetisch nicht haltbar bezeichnet, wenn die grundgesetzlich verankerte Verpflichtung des Bundes, für die „Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse über das Gebiet eines Landes hinaus“ (GG 72,2) zu sorgen, nicht durch entsprechende Initiativen der Politik eingelöst wird.

In dieser Perspektive hat auch der sozialetische Ausschuß der rheinischen Landeskirche Kriterien für den Strukturwandel in den Montanregionen - neben dem Ruhrgebiet kommt hier auch das Saarland in den Blick - entwickelt. Generell wird hier die sachlich-ökonomische Notwendigkeit eingeräumt, die in den Montanregionen bestehenden Überkapazitäten abzubauen, dies habe „allerdings - so in Anlehnung an die Wirtschaftsethik Arthur Richs - in Einklang mit den Kriterien des Menschengerechten“ zu geschehen. Im Sinne des Richschen Kriterium einer partizipativen Gerechtigkeit fordert man eine Beteiligung der Betroffenen an den Entscheidungen über ihre Zukunft ein. Neben der deutlich gewürdigten Form der Montanmitbestimmung werden als ein weiteres Instrument neue Formen der Bürgerbeteiligung in den Prozessen ökonomischer Umstrukturierung gefordert. Grundsätzlich wird so ein planvolles Zusammenwirken aller wirtschaftlichen und politischen Akteure gefordert, um den Arbeitsplatzabbau moderat zu gestalten und die Arbeitsplatzverluste mehr und mehr durch neue Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Wirtschaftszweigen aufzufangen.

Ein nicht unumstrittenes Beispiel strukturpolitischen Handelns stellt die fortgesetzte Subventionierung der Ruhrkohle dar. Zwar wird auch gegenwärtig, wie es zuletzt die Kohlerunde vom 11.11.1991 festgelegt hat,



kontinuierlich ein moderater Rückgang der Arbeitsplätze im Ruhrbergbau angestrebt, dieser soll allerdings auch über das Jahr 2005 hinaus durch weitere Subventionen erhalten werden soll. Gegen die Stimmen vor allem aus dem liberalen Lager, die Subventionen und entsprechenden Stützungen schneller und vorzeitiger abzubauen, haben die evangelischen Landeskirchen in NRW zuletzt im August dieses Jahres vor einem Strukturbruch bei den Steinkohlehilfen gewarnt. Dementsprechend plädieren sie für die Fortführung moderater Anpassungsprozesse, um durch einen verlässlichen politischen Rahmen den Strukturwandel sozial verträglich gestalten zu können. Als ein eigener Beitrag der evg. Kirchen zu diesem Prozeß ist die von den Ruhrgebietssuperintendenten beim Wuppertaler Öko-Institut in Auftrag gegebene Kohlestudie zu bewerten. Diese Studie zeigt auf, wie bei einer langfristigen Absicherung ein sozialverträglicher Rückgang des Anteils deutscher Kohle an der Energieversorgung auch unter umweltethischen Gesichtspunkten zu gestalten sein könnte. (vgl. hierzu Kap. 9)

Die generelle Bedeutung strukturpolitischer Maßnahmen ist gegenwärtig - nicht zuletzt angesichts der wirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern - weithin unumstritten. Auch die EU-Kommission hat in ihrem Weißbuch zur Wirtschafts- und in ihrem Grünbuch zur Sozialpolitik aus dem Jahre 1992/93 für die europäischen Regionen entschieden strukturpolitisches Handeln sowohl der Kommission selbst wie auch der nationalstaatlichen Regierungen als Notwendigkeit herausgestellt. Gegenwärtig geht es vor allem darum, daß der Staat Rahmenbedingungen schafft, die der Anpassungsfähigkeit wirtschaftlichen Handelns förderlich sind. Zur Sicherstellung einer solchen strukturpolitischen Initiative fordern die Superintendenten des Ruhrgebiets eine Stärkung der Planungskompetenzen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet. Damit sich das Ruhrgebiet „um der Menschen willen, die hier leben“, als eigenständige europäische Region entwickeln kann, befürworten sie den Aufbau einer entsprechenden regionalen Selbstverwaltung .

So sehr sich die Forderungen nach einer Strukturpolitik und entsprechenden wirksamen Instrumenten angesichts des krisenhaften Wandels im Ruhrgebiet als plausibel erweisen, werden die Probleme solcher Interventionen von den kirchlichen Stellungnahmen zu wenig genannt. Strukturpolitische Maßnahmen,

sofern sie nicht lediglich einen Handlungsrahmen setzen, sondern aktive staatliche Interventionen betreiben, stehen in der Gefahr, den Strukturwandel zu behindern, da nicht zuletzt aufgrund mächtiger lobbyistischer Interessen vielfach bestehende Wirtschaftsstrukturen, die auf Dauer kaum zu halten sind, konserviert werden. Damit werden jedoch die Anpassungsprobleme im Laufe der Zeit eher größer. So ist zumindest im Rückblick zu fragen, ob in den 60er und frühen 70er Jahren, als sich die Konjunktur-entwicklung noch sehr günstig gestaltet hat, durch die von den meisten Stadtverwaltungen und dem Ruhrbergbau verfolgte Strategie der Sicherung der bestehenden Strukturen der Beginn eines notwendigen Wandels zu sehr verzögert worden ist. In der jetzigen Situation bleibt freilich die sozialpolitisch motivierte Absicherung der von dem krisenhaften Strukturwandel Betroffenen ein unbestrittenes Postulat der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft.

6. Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft - *Neue Impulse für das Ruhrgebiet?*

Neben der branchenspezifischen Krise des Bergbaus und der Stahlindustrie erleben wir gegenwärtig auch im Ruhrgebiet einen Wandel der Struktur der Arbeit durch das Vordringen des Dienstleistungs- und des Informationssektors sowie einen organisatorischen Anpassungs- und Rationalisierungsprozeß von Unternehmen und Betrieben, der in der öffentlichen Diskussion vor allem mit den Stichworten „lean management“ bzw. „lean production“ beschrieben wird. Wirtschaftlicher Erfolg wird heute, so lautet die Grundannahme dieser Konzepte, nur noch bedingt auf technologische Stärken zurückgeführt, da sich die technischen Standards immer schneller angleichen, sondern wesentlich auf die Art und Weise, wie eine Unternehmung intern organisiert ist und wie sie ihre Beziehungen zu anderen Organisationen gestaltet.²

Wesentliche Voraussetzung dieses organisatorischen Modernisierungsprozesses sind die neuen, flexibel einsetzbaren Informations- und Kommunikationstechnologien, die weitgehende Koordinations-, Kontroll- und Steuerungsfunktionen wahrnehmen können. Insbesondere das Potential dieser Technologien zur schnellen Integration und Verarbeitung von Informationen hat wesentlich dazu beigetragen, die



Organisationsstrukturen zu verändern.³

Die verschiedenen Modelle der Reorganisation von Unternehmen und Betriebsabläufen zielen auf eine Steigerung der Produktivität und der Qualität, wobei gleichzeitig eine deutliche Erhöhung der Durchlauf- und Entwicklungszeiten angestrebt wird. Dabei werden - wie es beispielhaft bei Opel in Bochum zu studieren ist - einerseits hochqualifizierte Arbeitsplätze häufig im Rahmen einer Gruppenstruktur geschaffen und andererseits Teilbereiche der Fertigung ausgelagert mit z.T. deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen. Ferner sind auch im Gefolge der vielschichtigen Umstrukturierungen von Unternehmen vermehrt geringfügige Beschäftigungsverhältnisse mit Leih- und Zeitarbeitern sowie verschiedene Formen von sog. Schein-Selbständigkeit entstanden. Es zeichnet sich somit eine Dualisierung der Arbeitsverhältnisse ab mit hoch qualifizierten, gut bezahlten Kern- und entsprechend weniger qualifizierten und abgesicherten Randbelegschaften.

Eine ähnliche Dualisierung der Arbeitsstrukturen ist gerade auch im Informationssektor selbst zu verzeichnen. Dem Vorbildtypus des Informationsarbeiters, der kreativ Wissen und Informationen entwickelt und bereithält, steht eine Mehrzahl von Beschäftigungsverhältnissen mit informatorischen Routinearbeiten gegenüber, die zumeist ausgelagert in kleinen selbständigen Zuliefer-Dienstleistern erledigt werden, oft von Frauen in Teilzeitarbeit oder in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.

Diese hier kurz skizzierten neueren Entwicklungen, die auf eine Abkehr vom traditionellen Arbeitnehmerbild der Vergangenheit abzielen, ziehen unter sozial-ethischen Gesichtspunkten neben den nicht zu leugnenden Qualifizierungs- und Humanisierungschancen für die Kernbelegschaften der Unternehmen auch problematische Konsequenzen nach sich - generell eine Einsparung von Arbeitsplätzen, vielfach stärker deregulierte Beschäftigungsverhältnisse vor allem in kleineren Zulieferbetrieben, Formen von Scheinselbständigkeit mit hohem individuellen Risiko u.a. Zudem gilt es zu bedenken, daß ein zunehmender Teil der Erwerbsfähigen kaum oder nur schwer den steigenden Qualifizierungsanforderungen gewachsen sind. Die schöpferischen wie auch die zerstörerischen Momente des gegenwärtigen ökonomischen Umstrukturierungsprozesses zeichnen sich allerdings erst in Umrissen ab. Theologisch-sozial-ethisch Reflexionen dieser Entwicklungen fehlen

noch weithin, lediglich im Blick auf die veränderten Produktionsstrukturen gibt es aus dem Bereich des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt kompetente Stellungnahmen. Weite Felder von Tätigkeitsstrukturen in den Dienstleistungs- und Informationsbereichen sind bisher allerdings weder sozialetisch hinreichend rezipiert noch im Rahmen der sozialkirchlichen Arbeit konkret aufgegriffen worden. Sowohl in der sozialetischen Theorie wie in der sozialkirchlichen Praxis ist immer noch eine vorrangige Berücksichtigung der materiellen Produktionsstrukturen - und damit weithin typisch männlicher Erwerbsarbeitsverhältnisse - zu verzeichnen.

7. Versuch einer Bestandsaufnahme

Überblickt man die letzten rund 70 Jahre der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Ruhrgebietes, so ist es vielleicht mit der Ausnahme einer wirtschaftlichen Aufschwungphase seit den frühen 50er bis Anfang der 60er Jahre kontinuierlich durch einen tiefgreifenden ökonomischen Wandel bestimmt gewesen. Beständig ist hier letztlich der Wandel. Von wenigen Phasen einer gewissen Stabilität abgesehen läßt sich der von Schumpeter skizzierte Prozeß der schöpferischen Zerstörung sowohl in seinen schöpferischproduktiven Auswirkungen wie auch in seinen zerstörerischen Dimensionen nachzeichnen. Die gegenwärtige Phase des Strukturwandels, die sowohl von einem endgültigen Bedeutungsverlust der Kohle- und Stahlindustrie wie auch von neuen Formen gesellschaftlicher Arbeit durch die Informatisierung des Arbeitsprozesses gekennzeichnet ist, läßt das Ruhrgebiet nach und nach diejenigen Mängel überwinden, die sich mit der langen Dominanz der Schwerindustrie notwendig verbunden hatten. Dieser Strukturwandel ist von den Betroffenen - und mit ihnen auch von den Kirchen - vielfach bekämpft worden, er hat - nicht allein, aber vorrangig durch die Arbeitslosigkeit - massiv soziales Elend verursacht und von den Menschen insgesamt gesehen enorme Anpassungsleistungen erfordert. Insbesondere die durchschnittliche Ruhrgebiets-Bevölkerung mußte die Lasten dieses Wandels tragen: den Zwang zum Sich-Wandeln, den Zwang zum ständigen Lernen und Erneuern, die Nötigung, das Veralten von Wissen und technischen Fähigkeiten zu ertragen, schließlich vor allem die Freisetzung derer, deren Wissen und Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt werden.



So ist aus der schwerindustriell dominierten Erwerbslandschaft, deren traditionelle Formen der Industriearbeit allmählich zum Symbol alter, an den Rand gedrängter Arbeitstätigkeiten geworden sind, gegenwärtig eine gewerblich diversifizierte, sozial durchmischte, urbane Region geworden, in der der Dienstleistungs- und Informationssektor - wie in der gesamten bundesdeutschen Wirtschaft - sich immer mehr zum dominierenden Wirtschaftsfaktor entwickelt. Die evangelische Kirche hat von ihren Voraussetzungen her diesen Prozeß des Wandels begleitet, sich engagiert eingebracht und dabei ihren Platz - so die Ruhrgebietssuperintendenten - „an der Seite der (von diesen Prozessen) verunsicherten Menschen“⁴ gesehen. Dabei stellt sie offen - so die Erklärung einer gemeinsamen Sondersynode der Kirchenkreise Duisburg, Dinslaken, Kleve, Moers und Wesel vom September 1994 - eine „tiefgreifende Verunsicherung bei sich selbst und den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträgern“ fest, die als „Ausdruck einer allgemeinen Orientierungskrise“ interpretiert wird. Abschließend soll der Versuch unternommen werden, systematisch das kirchliche Handeln in diesem Prozeß kritisch zu würdigen.

1. Die Bedeutung der durch den forcierten ökonomischen Wandel hervorgerufenen Anpassungsleistungen der Menschen gilt es im Blick auf das normale gemeindliche Handeln deutlicher in den Blick zu nehmen. (vgl. hierzu Kap. 9) So ist zu fragen, inwieweit und in welcher Form gemeindliches Handeln auf Orientierungsbedürfnisse der Menschen oder auch auf die Suche nach vertrauten Formen bzw. nach Heimat zu reagieren hat. Andererseits können vor diesem Hintergrund die häufig genannte konservative Grundstruktur und der vielfach beklagte Mangel an Streitkultur in den hiesigen Gemeinden angemessener eingeschätzt werden. Es dürfte auch eine religionssoziologisch reizvolle Aufgabe sein, sich im Dialog mit der Seelsorgelehre mit den sozialpsychologischen Bedingungen kirchlichen, speziell seelsorgerlichen Handelns in einer von nahezu permanentem Wandel begriffenen Industrieregion zu befassen.⁵ Die durch die Informations- und Kommunikationstechnologien noch einmal beschleunigte Technisierung von Zeit gerät noch mehr in Konflikt zu den individuellen Zeitstrukturen. Diese Desintegration von Zeitniveaus überfordert zunehmend mehr Menschen. Das Motto „Wandel braucht Zeit“ ist nicht zuletzt im Blick auf diese sozialpsychologischen Her-

ausforderungen zu konkretisieren.

2. Die evangelische Kirche hat insbesondere durch ihr diakonisches Engagement in vielfacher Weise versucht, den Opfern und Verlierern ökonomischer Wandlungsprozesse beizustehen. Die sozialetisch eingeforderte Solidarität im Rahmen des Wandlungsprozesses ist insbesondere durch das entsprechende kirchliche Handeln selbst nach Möglichkeit zu gewährleisten. Während direkte materielle Unterstützungen vor dem Hintergrund sozialstaatlicher Absicherungen in der Gegenwart eine geringere Rolle spielen, stehen gegenwärtig vielfältige Beratungsangebote sowie vor allem die Unterstützung von Selbsthilfegruppen der Betroffenen im Vordergrund. Auf diese Weise will man von dem zum Teil noch patriarchalisch geprägten Stil einer fürsorgerischen Betreuung der Opfer zu einer die Mündigkeit und Selbsttätigkeit der Betroffenen anregenden Begleitung gelangen. Entscheidend für die Glaubwürdigkeit diakonischen Handelns dürfte jedoch immer mehr die Frage sein, wie man intern im Blick auf die Mitarbeiter und die Entwicklung der eigenen Organisationsstrukturen die Herausforderungen von Kostendruck, Konzeptionen von lean management annimmt.

3. Ergänzt werden diese seelsorgerlichen und diakonischen Angebote durch die freilich nur in beschränktem Maße mögliche Unterstützung und Förderung des öffentlich geförderten Arbeitsmarktes seitens der Diakonie, der Kirchenkreise und der Landeskirchen. Es war ein gutes Signal, daß westfälische Landessynoden mehrfach seit dem wegweisenden Beschluß des Jahres 1977, Haushaltsmittel - damals in Höhe von 300.000 DM - für AB- und Bildungsmaßnahmen zugunsten jugendlicher Arbeitsloser und für sozialpädagogische Aufgaben bereitgestellt haben.

4. Die kirchlichen Stellungnahmen zum Strukturwandel sind noch zu häufig von einer reaktiven Haltung bestimmt. In fast allen Fällen hat man auf die Wandlungsprozesse defensiv reagiert und sich dabei in aller Regel für eine Sicherung des Bestehenden ausgesprochen. Diese Position entspricht zwar der angestrebten Nähe zu den „verunsicherten Menschen“, ist aber zu wenig von einer notwendigen Distanz zur Umwelt geprägt und vermag noch zu wenig eigene Impulse in den Strukturwandel einzubringen. So wird der Strukturwandel weithin als ein nicht zu änderndes Faktum hingenommen, ohne daß die positiven schöpferischen Chancen wahrgenom-



Wandel braucht Zeit

men werden. Vor diesem Hintergrund ist es plausibel, daß Beiträge der Kirchen, den Wandel positiv mitzugestalten oder auch die Menschen zum Wandel zu ermutigen bis auf wenige Ausnahmen fehlen. Mobiliätsanforderungen werden zumeist abgewehrt, da diese - so eine Studie des Amtes für Sozialethik und Sozialpolitik der rheinischen Kirche - die Identität der Betroffenen beeinträchtigen oder zerstören könnten. Ein erster Ansatz, aktiv den Wandel mitzugestalten, kann in der genannten Kohlestudie gesehen werden. Hier wird konzipiert, einen sozialverträglichen, vor allem aber auch ökologieverträglichen Wandel des Kohlebergbaus zu fördern. Die hier punktuell eröffnete Perspektive, im Sinn des Mottos „Wandel braucht Hoffnung“ sowohl einen für die betroffenen Menschen verlässlichen Planungshorizont zu eröffnen wie auch die ökologische Dimension der Umgestaltung des Ruhrgebiets im Blick zu halten, verdient größte Aufmerksamkeit. Die Intention und Zielsetzung dieser Studie gilt es, im Blick auf andere Branchen und Herausforderung der Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebietes aktiv in die Diskussion um eine Strukturpolitik einzubringen.

5. Die theologisch-sozialethische Reflexion von Arbeit bezieht sich nach wie vor vornehmlich auf eine Analyse der industriellen Arbeit in der materiellen Produktion. Andere Formen der Erwerbsarbeit - geschweige denn die unterschiedlichen Dimensionen von Reproduktionsarbeit, Eigenarbeit oder Zivilarbeit - kommen viel zu wenig in den Blick. Auch die gegenwärtige Organisationsentwicklung wird sozial-ethisch vorrangig im Blick auf die Auswirkungen auf den Produktionsbereich diskutiert. Die Veränderungen der Erwerbsarbeit hin zu den Dienstleistungs- und Informationssektoren ist demgegenüber bestenfalls in Ansätzen reflektiert worden. Die durch die Entwicklung zur Informationsgesellschaft eröffneten Chancen - aber auch die damit verbundenen Gefahren - sind bisher bestenfalls in Ansätzen erörtert worden. Hier dürfte sowohl für die theologische Sozialethik wie aber auch für die entsprechenden kirchlichen Dienste eine der wesentlichsten Zukunftsaufgaben liegen. Kirche und Theologie wissen um die Versuchlichkeit und die Fehlbarkeit des Menschen wie auch um seinen Auftrag, die Schöpfung bewahrend zu verändern und planvoll zu gestalten. Sie haben die Aufgabe, von den Nutznießern der schöpferischen Potentiale des ökonomischen Wandels Solidarität einzufordern wie den Opfern der zerstörerischen

Konsequenzen dieser Prozesse neue Lebens- und Arbeits-Perspektiven zu vermitteln. Insofern braucht der Wandel Zeit, Solidarität und Hoffnung, welche die Kirche auch in Zukunft unermüdlich einzufordern hat.

Traugott Jähnichen

1. Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie, Bern 1950 (2. Aufl.), S. 240.
2. A. a.O., S. 137.
3. Ebd.
4. A.a.O., S. 132.
5. A.a.O., S. 219.
6. Vgl. Günter Brakelmann, Ruhrgebietsprotestantismus, Bielefeld 1987, S. 88ff.
7. Vgl. Hans Ehrenberg, Deutschland im Schmelzofen: Gewalt - Fronten - Entscheidungen, Berlin 1932, S. 11.
8. Vgl. Christian Kleinschmidt / Thomas Welskopp, Zu viel „Scale“ zuwenig „Scope“. Eine Auseinandersetzung mit Alfred D. Chandlers Analyse der deutschen Eisen- und Stahlindustrie in der Zwischenkriegszeit, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1993/2, S. 251ff.
9. Vgl. Günter Brakelmann, Evangelische Kirche in sozialen Konflikten der Weimarer Zeit. Das Beispiel des Ruhreisenstreits, Bochum 1986.
10. Vgl. Kleinschmidt/Welskopp (s. Anm. 8), S. 293.
11. Wilhelm Menn, Probleme der Rationalisierung, in: Die Kirche und die moderne Wirtschaftsgestaltung. Konferenz kirchlicher Sozialarbeiter in London, hg. vom Ökumenischen Rat für praktisches Christentum, Genf 1931, S. 52.
12. Gerechtigkeit schafft Frieden. Der 73. Deutsche Katholikentag vom 31.8. - 4.9.1949 in Bochum, Paderborn 1949, S. 213.
13. Rat der EKID, Zur Frage der Mitbestimmung, in: Kirche im Volk H. 6/1950(Essen), S. 60
14. ebd.
15. So eine weitere Formulierung der o. g. Ratserklärung, ebd..
16. W. Krämer, Die gemeinsame Sozialarbeit der Konfessionen, in: ders. Konzepte kirchlicher Arbeitsbildung, Mainz 1985, S. 99 ff.
17. Stellungnahme des Kreissynodalvorstandes des Kirchenkreises Bochum vom 17.11.1959, in: Archiv des Kirchenkreises Bochum.
18. „Wandel braucht Zeit - Wandel braucht Solidarität - Wandel braucht Hoffnung.“ Kirchliche Konferenz zum Strukturwandel und zur Zukunft des Ruhrgebiets, in: Mitteilung des Sozialamts der EKvW, Schwerte 1993, S. 28.
19. A.a.O., S. 43.
20. Stellungnahme der Ruhrgebietssuperintendenten zum Strukturwandel im Ruhrgebiet vom 13.9.1996, in: epd-West vom 14.9.1996.